
Zur Zukunft der österreichischen Demokratie

Rezension von: Anton Pelinka, Fritz Plasser, Wolfgang Meixner (Hrsg.), Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Band 22, Signum Verlag, Wien 2000, 487 Seiten, öS 591.

Rechtzeitig zum 55. Geburtstag der Zweiten Republik plante – ganz in der Tradition österreichischer Jubiläumspublikationen – das ‚Zentrum für angewandte Politikforschung‘ eine mit einem Ausblick auf die Zukunft verbundene Bestandsaufnahme über Gesellschaft, Politik und Politikverständnis. Prominente Vertreter der universitären Politikwissenschaft wollten damit wohl einmal mehr ihre Passion als Politikberater und Trendforscher unter Beweis stellen.

Allerdings: der Regierungswechsel im Jänner 2000 und der in der Folge konsequent betriebene gesellschafts- und wirtschaftspolitische ‚Umbau‘ des Landes machen deutlich, daß sich politisches Handeln nur bedingt prognostizieren läßt. Die AutorInnen waren zwar bemüht – wie einleitend zugegeben wurde –, ihre zum Teil bereits fertiggestellten Aufsätze dem geänderten politischen Umfeld anzupassen, doch konnten sie weder die Maßnahmen noch die Auswirkungen der Schwarz-Blauen-Regierungspolitik vorhersagen.

„Angewandte Politikwissenschaft“, so wie sie von den Herausgebern verstanden wird, versucht überwiegend auf Grund von sozialwissenschaftlichen Datenmaterialien (sozioökonomischen Daten, Umfrageergebnissen und Befragungen) Trends festzustellen und aus diesen sowie aus der Analyse des Han-

delns der politischen Akteure Szenarien für zukünftige Entwicklungen zu entwerfen.

Dieser gleichsam ‚positivistische‘ sozialwissenschaftliche Ansatz, der sich vor allem an Ulrich Beck und Anthony Giddens orientiert, läßt nicht nur mögliche ökonomische Interventionen und Handlungsoptionen vermissen, sondern versperrt bedauerlicherweise auch den Blick auf kulturwissenschaftlich orientierte Betrachtungsweisen und Methoden.

So bietet der vorliegende Sammelband keine fundierte kritisch-reflexive Kritik an „der Politik der Spät-Moderne“ und eröffnet nur wenige handlungstheoretische Interventionspotentiale. Ebenso fehlt eine Erörterung der vielleicht zukünftige Entwicklungen vorwegnehmenden Symbolik. In vielen Beiträgen geht es vielmehr um eine weitgehend unreflektierte, aus Meinungsforschung und Medienbeobachtung gewonnene Beschreibung der Gegenwart und zum Teil allgemein gehaltener Zukunftsszenarien.

Das dem Buch zugrundeliegende Schema sieht demgemäß so aus: Ausgehend von einer alternden Gesellschaft (Fassmann/Münz) mit neuen Spannungs- und Konfliktlinien, zunehmender Deregulierung und Flexibilisierung (Preglau), der Ausdifferenzierung der alten Klassengesellschaft nach Lebensstilen, die gesamtgesellschaftliche Konsensfindung erschweren (Richter) und einer damit einhergehenden partiellen „Entsolidarisierung“ (Denz/Zulehner), abnehmender politischer Beteiligung (Ulram) und einer (zu) langsam voranschreitenden „Feminisierung der Politik“ (Steininger) lösen sich die alten Parteilbindungen auf, und es kommt zu einer „Neuausrichtung des Wahlverhaltens der ÖsterreicherInnen“ (Plasser/Ulram).

Während sich der „Kommunikationswandel“ zunehmend in einer „Amerikanisierung“ des politischen Wettbewerbs spiegelt (Plasser), sich vielleicht neue Chancen einer „BürgerInnenbeteiligung

im digitalen Zeitalter“ (Bruck) ergeben könnten, birgt er infolge unterschiedlicher Qualifikationsmuster für die Gesellschaft Gefahren einer „digitalen Klassengesellschaft“ (Filzmeier).

Jedenfalls ist ein „Wandel der Institutionen“ festzustellen, der neue Perspektiven für das österreichische Parteiensystem (Müller) eröffnet und ein neues „Rollenverständnis“ und neue „Vertretungsstile“ der Parlamentarier (Pelinka) erforderlich zu machen scheint. Zunehmend kommt das herkömmliche „Regierungssystem unter Druck“ (Welan), nicht zuletzt da die „Handlungsspielräume nationaler Politik in einer erweiterten EU“ (Puntscher Riekmann) kleiner werden. Die Sozialpartnerschaft hat zwar nicht ausgespielt, steht aber ebenfalls „unter Druck“ und verliert tendenziell an Einfluß (Karlhofer/Talos), bei einer gleichzeitigen Aufwertung des österreichischen Föderalismus innerhalb einer europäischen Regionalisierung (Polaschek). Eine „Demokratiereform“ erscheint als politische Notwendigkeit (Neisser), zumal sich Österreich nach Ansicht einflußreicher Journalisten zunehmend von einer „Konsens- zur Konfliktdemokratie“ (Pelinka/Plasser/Meixner) entwickelt.

In Summe kann nach den hier gebotenen Studien von einer zunehmenden, gleichsam unausweichlichen „Amerikanisierung“ der österreichischen Gesellschaft und somit auch Politik und Politikrezeption gesprochen werden. Doch was bedeutet diese „Botschaft“? Wird damit nicht eine neue, andere „symbolische Ordnung“ konstruiert, die sich trefflich zur (Neu-)Inszenierung politischer Macht(-formen) eignet? Was heißt es, „Zukunftsszenarien“ zu formulieren, die gegenwärtige Sichtweisen und Analysen als „real“ und nicht als zeitgebundene Konstrukte ansehen? Die Sozial- und PolitikwissenschaftlerInnen des vorliegenden Bandes bleiben nicht nur eine Antwort schuldig, sie sehen diese derzeit den intellektuellen Diskurs beherrschenden Fragen nicht einmal.

Sicherlich: das „Zusammendenken“ in einer angeblichen unhinterfragten „neuen Unübersichtlichkeit“ (Beck) scheint schwieriger geworden, allzu schnelle „Erklärungen“ oder massenwirksame Prognosen unter dem Mantel der Wissenschaft sind gerade deshalb mehr denn je mit Vorsicht zu genießen. Gerade deshalb hätte man sich eine kritischere, selbst-reflexivere Haltung über die eigenen Postulate von den AutorInnen gewünscht. Geht man davon aus, daß die hier beschriebenen und prognostizierten Entwicklungen und Tendenzen einen nicht zu unterschätzenden Diskursbeitrag inner- und außerhalb der Politikwahrnehmung und -gestaltung darstellen, somit allein durch ihre Formulierung bestätigend oder auch verändernd wirken (können), so wäre ein breiteres Optionsfeld an (Zukunfts-)Szenarien zu wünschen. Auch wäre es den hier vertretenen PolitikwissenschaftlerInnen nicht schlecht angestanden, klarer ihre Standortgebundenheit im gegenwärtigen hegemonialen Denken zu hinterfragen oder zumindest klarer zu formulieren. Trotz aller Kritik am wissenschaftstheoretischen Ansatz der sich hier präsentierenden österreichischen „angewandten Politikwissenschaft“ ist der Sammelband für alle am politischen Geschehen Interessierten durchaus zu empfehlen: Viele (gängige) An- und Einsichten finden ihre Bestätigung, die gebotenen Ausblicke sind zweifellos ein interessanter Beitrag zum gegenwärtigen Diskurs über die (zukünftige) und zivilgesellschaftliche Gestaltung der Demokratie. Darüber hinaus: vom Standpunkt der ‚Zeitgeschichte‘ bietet das Buch nicht nur zahlreiche Daten und Fakten, sondern eröffnet einen wertvollen Einblick in die Rezeption von Gesellschaft und Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. So gesehen möchte der Rezensent das Werk in seiner Bibliothek nicht missen und wird es sicherlich öfters zu Rate ziehen.

Klaus Dieter Mulley